

Sie befinden sich hier: [STARTSEITE](#) > [RATHAUS & BÜRGER/IN](#) > [AKTUELLES](#) > [TRIER.DE-NEWS](#)

12.12.2014 | [AUS DEM STEUERUNGSAUSSCHUSS](#)

## Doch Drogeriemarkt für den Petrisberg

Mehrheitlich hat sich der Steuerungsausschuss des Rates am vergangenen Donnerstag einem CDU-Änderungsantrag angeschlossen, in dem die Verwaltung beauftragt wird, „die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ein Drogeriemarkt auf dem Petrisberg betrieben werden kann“.

Nach einer emotionalen, teilweise hitzigen bis aggressiven Debatte, sprachen sich neben den Christdemokraten (6), drei Grüne, FWG (1) und Linke (1) für die umstrittene Ansiedlung in der Robert-Schuman-Allee aus. Lediglich vier Sozialdemokraten, die AfD (1) und Oberbürgermeister Klaus Jensen votierten dagegen. Somit brauchte über die umfangreiche und differenzierte Vorlage der Verwaltung, in der die Ablehnung des Marktes begründet wurde, gar nicht mehr abgestimmt zu werden.



Schon vor einigen Monaten eröffnete der Wasgau-Supermarkt in dem Gebäude an der Robert-Schuman-Allee seine Pforten. Links daneben zieht der Drogeriemarkt ein.

Hintergrund des Streits, der die Trierer Kommunalpolitik seit Tagen beherrscht, ist das Ansinnen eines Investors (IFA), zusätzlich zu dem bereits bestehenden Drogeriemarkt im nahegelegenen großen Einkaufszentrum Kohlenstraße (Nähe Tarforst) auch im kleineren Einkaufszentrum an der Robert-Schuman-Allee (Petrisberg) einen großflächigen Drogeriemarkt einzurichten. Im Gespräch ist zudem ein ähnlicher Markt für das geplante Einkaufszentrum für den Stadtteil Alt-Kürenz/Gartenfeld.

Gegen die großflächige Ansiedlung eines Drogeriemarkts auf dem Petrisberg spricht aus städteentwicklungspolitischen, städtebaulichen sowie rechtlichen Gründen nicht nur der Entwurf des Einzelhandelskonzepts „Trier 2025+“ aus. Auch der „Runde Tisch Einzelhandel“ gab nach ausführlicher Beschäftigung mit der Thematik am 16. Oktober bei Enthaltungen von CDU, Linke und FDP die Empfehlung ab, das Entwicklungsbegehren der IFA seitens der Stadt nicht zu genehmigen. Der Investor solle jedoch bei der Suche nach alternativen Nutzungen unterstützt werden, wozu sich die Stadt mit Zugeständnissen über die vorgesehenen Spielräume hinaus bereit erklärt hatte. Bereits getroffene Vereinbarungen wurden durch den Investor allerdings wieder gekündigt.

Gegen den neuen Großmarkt auf dem Petrisberg sprach nach Auffassung der Verwaltung auch das Ergebnis eines Gutachtens, wonach es zu Lasten des bestehenden Marktes am Standort Kohlenstraße zu einer Umsatzverlagerung von rund 33 Prozent und damit zu einer Existenzbedrohung dieses Marktes komme. Schließlich votierte der im Mai neu gewählte Ortsbeirat von Trier-Kürenz zwei Tage vor der Steuerungsausschusssitzung knapp gegen den weiteren Drogeriemarkt auf dem Petrisberg (6:5).

### Aus der Debatte

Eindringlich appellierten Oberbürgermeister Klaus Jensen, Wirtschaftsdezernent Thomas Egger und Baudezernentin Simone Kaes-Torchiani während der über einstündigen Auseinandersetzung an die Ratsmitglieder, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen und den Drogeriemarkt am Petrisberg auch aus grundsätzlichen Gesichtspunkten abzulehnen. Anderenfalls werde eine Präjudizierung vorgenommen, die mit ihren Konsequenzen nicht ohne negative Auswirkungen für die Gesamtstadt bleiben werde. Mit einer Ablehnung „machen Sie ein großes Fass auf, Sie untergraben die fachlichen Gesichtspunkte und die beteiligten Gremien“, gab Jensen zu bedenken. Kaes-Torchiani warnte vor Folgen, die die Stadt zu spüren bekommen werde, das „Mobile der Stadtentwicklung wird ins Ungleichgewicht gebracht“.

Die Mehrheit des Ausschusses wertete das umstrittene Vorhaben anders. CDU-Sprecherin Birgit Falk wies die Einschätzung der Verwaltung zurück. Das Einzelhandelskonzept gebe nur einen Rahmen vor, jedes einzelne Projekt müsse separat geprüft und entschieden werden. Die Erweiterung des Standorts Petrisberg sei erwünscht und absolut verträglich. Zudem trage sie zu einer Entzerrung der Verkehrsströme bei.

Man sehe keine städtebaulichen Nachteile und „solte die Sache schief gehen, liegt der Schaden beim Investor“, sagte Professor Hermann Kleber (FWG). Für die Bewohner würden jedenfalls keine Nachteile

entstehen. Auch Susanne Kohrs (Linksfraktion) wertete die Ansiedlung als „Verbesserung der Versorgungslage in Teilbereichen“ und als „Entlastung der Verkehrssituation“. Zudem gebe es keine Problematik, die zu einer Änderung des Rahmenkonzepts führe. Ansonsten wurde die Diskussion von einer Vielzahl themenunspezifischer Gesichtspunkte geprägt.

## ARCHIV

Zeige Artikel von
Januar
2015
bis
Januar
2015


Druckhinweis: Standardmäßig werden Hintergrundbilder/-farben vom Browser nicht ausgedruckt. Diese können in den Druckoptionen des Browsers aktiviert werden.